

Sanierungsstau, Erkenntnisse der Schulentwicklungsplanung, fehlende Angebote: Bad Cannstatts Schulen immer voll dabei!



„Das Elly“ in Bad Cannstatt: dringender Sanierungsbedarf festgestellt.

■ Mehr Geld für die Instandhaltung unserer Schulen: die SPD-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat fordert dies seit vielen Jahren. Selbst als die großen Schäden an vielen Schulen schon unübersehbar waren, haben der Oberbürgermeister und die alte Gemeinderatsmehrheit unsere Forderungen meist zurückgewiesen. Und mit dem wenigen vorhandenen Geld wurde nicht immer der dringendste Bedarf gedeckt, sondern in gewisser Weise „Klientelpolitik“ betrieben - Schulen aus anderen Stadtteilen wurden zumeist bevorzugt. Bad Cannstatt schaute so manches Mal „in die Röhre“.

2010 ist es endlich gelungen, detaillierte Gebäudeuntersuchungen durchzusetzen. Das Ergebnis: ein festgestellter Sanierungsbedarf von nahezu 400 Millionen Euro. Das schon beschlossene Sonderprogramm muss allein im Jahr 2011 außerplanmäßig um weitere 25 Millionen aufgestockt werden, um das

Schlimmste zu verhindern. Und Bad Cannstatts Schulen sind bei den Schäden voll dabei. Einzig die noch junge Schule auf dem Burgholzhof ist intakt. Ansonsten weisen die Cannstatter Schulen einem Sanierungsbedarf zwischen mehreren Hunderttausend Euro und knapp 14 Millionen auf. Und dies auch bei Schulen, die aus Sicherheitsgründen schon teilweise saniert wurden, weil ihre Sporthallen geschlossen wurden oder Fenster nur noch mit Nägeln hielten. Was hier „in Mark und Pfennig“ sauber in so genannten „Objektsteckbriefen“ aufgelistet wurde, ist lediglich der nackte Sanierungsbedarf im Bestand. Da ist kein noch so notwendiger Erweiterungsbau dabei, keine Cafeteria, keine noch fehlende Fachraumausstattung. Doch damit nicht genug. Weil unsere Schulentwicklungsplanung bereits seit 2005 nicht mehr gilt, wurde ein Planungsbüro beauftragt, neue Vorschläge zu machen. Auch diese müssen in den nächsten Wochen diskutiert werden

und im ein oder anderen Fall mit dem Sanierungsbedarf zusammen zu sehen sein. Häufig liegen Vorschläge für notwendige Maßnahmen schon lange auf dem Tisch. So braucht z.B. die Altenburgschule dringend nicht nur die fehlende Sporthalle auf dem Gelände der Reiterkaserne. Ihr und der benachbarten Steigschule fehlen zusätzliche Räume für Unterricht, Betreuung und das notwendige Mittagessensangebot. Und die Eichendorffschule, die seit bald zwanzig Jahren mit einer Außenstelle am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium vertreten ist, braucht ebenfalls mehr Raum, z.B. eine Cafeteria. Sie darf aber auch „das Elly“ nicht weiter in seinen Entwicklungsmöglichkeiten beschränken.

■ Marita Gröger · Stadträtin

Ihr Kontakt vor Ort

Ortsverein Bad Cannstatt:

■ Jörn Kramer-Matthiä · Vorsitzender
Telefon: 0151-1850 38 36
E-Mail: politik@matthiis.info

Bezirksbeirat:

■ Stefan Conzelmann
Fraktionssprecher
Telefon: 0711-633 53 03
E-Mail: sc@majer-conzelmann.de

Gemeinderat:

■ Marita Gröger
Betreuungsstadträtin Bad Cannstatt
Telefon/Fax: 0711 / 52 66 71
E-Mail: marita.groeger@stuttgart.de

Weitere Informationen unter:
www.spd-bad-cannstatt.de



Ein Sozialdemokrat mit Herz und Verstand

Frage: Herr Körner, warum sollten Sie eine gute Wahl als Landtagsabgeordneter sein?

Martin Körner: Seit meiner Universitätsausbildung zum Ökonom stehe ich jetzt 15 Jahre im Beruf: in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Politik. Im Mittelstandsgeschäft der LBBW habe ich gelernt, Bilanzen zu lesen und habe den schwäbischen Mittelstand kennengelernt. Am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung habe ich eine Studie zur Steuermoral für das Bundesfinanzministerium geschrieben. Darin ging es um das Phänomen der Steuerhinterziehung, das ja von der amtierenden Landesregierung nur sehr lax angegangen wird. Schließlich bin ich seit über vier Jahren Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion und kenne den Landtagsbetrieb genau. Durch meine Kontakte auch zu den anderen Fraktionen traue ich mir zu, etwas für die Menschen in meinem Wahlkreis zu bewegen.

Frage: Sie sind ehrenamtlicher Bezirksvorsteher von Stuttgart-Ost. Ist es sinnvoll, das Landtagsmandat gleichzeitig mit diesem Ehrenamt auszuüben?

Martin Körner: Absolut, denn die Landes- und die Kommunalpolitik ergänzen sich bei der für Stuttgart so wichtigen Frage



Martin Körner · SPD-Kandidat im Wahlkreis Stuttgart IV

der Familien- und Bildungspolitik hervorragend. Wenn es um die Kinderbetreuung oder um die Schulpolitik geht, so müssen Land und Stadt Hand in Hand agieren, damit für die Familien etwas vernünftiges gestaltet wird. Daran hapert es derzeit aber sehr. Das Land lässt die Stadt bei der Kinderbetreuung im Stich, auch bei den Ganztagschulen. Und, wenn das Land mal etwas Gutes voranbringt, wie z.B. ganz aktuell zusätzliche Klassen an den beruflichen Gymnasien, dann stimmt sich das Kultusmini-

sterium noch nicht einmal mit der Schulbürgermeisterin der Stadt ab. Da muss sich dringend etwas ändern. Im Übrigen verschafft mir die Arbeit als Bezirksvorsteher die nötige Bodenhaftung.

Frage: Seit über zehn Jahren sind Sie Gewerkschaftsmitglied. Was will denn die SPD für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer neuen Landesregierung erreichen?

Martin Körner: Arbeit muss generell wieder mehr Wertschätzung erfahren. Immer nur billig macht unsere Volkswirtschaft kaputt und entwürdigt die Arbeitsleistung vieler Kolleginnen und Kollegen. Die jetzige Landesregierung ist eine der Hauptgegnerinnen eines Mindestlohns, von dem alle, die den ganzen Tag arbeiten, anständig leben können. Die SPD wird in einer neuen Landesregierung dafür sorgen, dass sich Baden-Württemberg im Bundesrat für einen allgemein-verbindlichen Mindestlohn in der Zeitarbeit einsetzt. Dem Missbrauch der Zeitarbeit muss ebenfalls ein Riegel vorgeschoben werden. Auf Landesebene werden wir ein Tariftreuegesetz machen, das bei öffentlichen Aufträgen die Unternehmen belohnt, die ihre Leute anständig bezahlen.

Martin Körner: Berufserfahrung in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik · www.martinkoerner.de

Die neue Zeit braucht neue Ziele. 10 Gründe für Ihre Wahlentscheidung am 27. März 2011.



Dejan Perc · Matthias Tröndle · Ruth Weckenmann · Martin Körner (v.l.n.r.)

1. Für gerechte Bildungschancen

Ohne Gebühren, vom Kindergarten bis zur Uni. Mit verlässlicher Sprachförderung im 1. Kita-Jahr. Längeres gemeinsames Lernen und Schulsozialarbeit an allen Schulen.

2. Für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Verlässliche, planbare und bessere Betreuungsangebote. Mit genug Plätzen für Kleinkinder, Ganztageschulen mit gesundem Mittagessen und freier Wahl zwischen G8 und G9.

3. Für höhere Wertschätzung von Arbeit – auch finanziell

Anständige und leistungsgerechte Bezahlung sicherstellen durch Tariftreue. Eindämmung der Leiharbeit und Einführung von generellen Mindestlöhnen.

4. Für bezahlbaren Wohnraum

Junge Familien brauchen bezahlbare Wohnungen gerade in Stuttgart – wir stärken die Wohnraumförderung.

5. Für stabile kommunale Finanzen

Wir erhalten die Gewerbesteuer und lassen die Städte nicht im Regen stehen.

6. Für echte leistungsgerechte Besteuerung

Wir bekämpfen Steuerhinterziehung und nutzen die Steuer-CDs. Personal in der Steuerverwaltung wird nicht weiter abgebaut.

7. Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung

Wir steigen aus der Atomenergie aus und stellen die Weichen für umweltfreundlichen Strom.

8. Für eine bürgernahe Polizei

Wir stoppen den Personalabbau bei der Polizei. Eine Streife mehr pro Revier stärkt die Sicherheit – nicht härtere Gesetze.

9. Für eine echte Integration aller, die hier wohnen

Vielfalt ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Statt Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit braucht es gleiche Lebens- und Bildungschancen.

10. Für den Wechsel. Für ein soziales und modernes Stuttgart.

Lesen Sie mehr im Internet unter: www.warumspd.de

Zeitenwende in Baden-Württemberg

■ Beim Jahresempfang 2011 der SPD Stuttgart konnten Kreischef Andreas Reißig und die Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha Blind den SPD-Landesvorsitzenden Dr. Nils Schmid im Rathaus begrüßen. Der Spitzenkandidat sprach über eine Zeitenwende für Baden-Württemberg, bei der die SPD neue Wege gehen wolle.

„Wir möchten die Leih- und Zeitarbeit stärker regulieren“, betonte Nils Schmid im voll besetzten großen Sitzungssaal. Auch der Auflösung von Tarifverträgen werde seine Partei nicht länger zusehen, denn „wir wollen nicht die begünstigten, die mit Dumpinglöhnen unterwegs sind“. Schmid sprach sich für ein Tariftreuegesetz aus, das „auch die redlichen Handwerker schützt“.



Schulpolitisch gehe es darum, „allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an Bildung zu sichern“. Dazu seien mehr Ganztagschulen und Sozialarbeiter nötig. Wirtschaftlich will der SPD-Chef das Land zu einem „Musterlände für nachhaltige Mobilität“ machen und die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zurücknehmen. Diese Verlängerung schade der heimischen Industrie, „weil unsere Tüftler daran nichts verdienen, sondern ihre längst entwickelten Windräder nicht mehr absetzen können“.

Nils Schmid warnte auch vor einem Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft: „Die soziale Idee ist aktueller denn je, weil auch die Gesellschaft von morgen den gemeinsamen Zusammenhalt braucht.“

Dr. Roswitha Blind Vorsitzende der SPD Gemeinderatsfraktion · Dr. Nils Schmid Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg · Andreas Reißig Vorsitzender der SPD Stuttgart

Stadtwerke Stuttgart

Eckpfeiler für Kommunale Daseinsvorsorge

■ Im Juni 2010 hat der Gemeinderat den wichtigen Beschluss gefasst, die Wasserversorgung in Stuttgart wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Er hat gleichzeitig beschlossen zu prüfen, ob es sinnvoll ist, neue Stadtwerke zu gründen. Möglich macht dies das Ende der Laufzeit der Konzessionsverträge Ende 2013. Sie räumen bisher der EnBW das Recht ein, in Stuttgart Leitungsnetze zu bauen und zu betreiben.

Der Rückerwerb der „Lebensadern“ der Stadt, zehn Jahre nach dem Verkauf der Neckarwerke Stuttgart (NWS), war auf

Initiative der SPD bereits im Kommunalwahlkampf ein zentrales Thema. Auch eine Bürgerinitiative hatte erfolgreich Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Angesichts von Liberalisierung und Globalisierung immer größerer Lebensbereiche müssen wir darauf achten, dass die elementaren Bedürfnisse der Menschen nicht ihrer demokratischen Einflussnahme entzogen werden. Dies gilt für die Wasserversorgung. Und dies gilt auch für eine dezentrale Energieversorgung auf regenerativer Basis. Die Bereitstellung umweltfreundlich erzeugter Energie wird in Zeiten des Klima-

wandels zunehmend auch zu einer Aufgabe der Städte und Gemeinden. Sie sind vor Ort. Ihnen trauen die Bürger noch am ehesten „über den Weg“.

Politisches Ziel der SPD in Stuttgart ist es, unsere Stadt und ihre Bürger schon in wenigen Jahren mit ausschließlich ökologisch erzeugter Energie zu versorgen. Weltklimakonferenzen dürfen nicht nur Papiere erzeugen. Entscheidend sind handfeste Ergebnisse. Stadtwerke können hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Inzwischen hat der vom Gemeinderat beauftragte Gutachter seine Empfehlungen präsentiert. Es zeigt sich, dass die Gründung von Stadtwerken für die Stadt auch ökonomisch sinnvoll ist.

Wie geht es weiter? In den nächsten Monaten werden die Details eines Geschäftsmodells geklärt. Dann muss der Gemeinderat endgültig entscheiden. Es folgen die notwendigen Verhandlungen. In diesem Zusammenhang darf man gespannt sein, wie das Land, das seit dem „Mappus-Deal“ einflussreichster Aktionär der EnBW ist, seine neue Rolle versteht. Wird es die Gemeinden unterstützen, oder ausschließlich der Atomenergie die Stange halten? Spätestens nach der Landtagswahl wird auch darüber Klarheit bestehen.



Copyright: M. Großmann / pixello.de

Zusammenbringen, was zusammen gehört: Die Wasserversorgung soll wieder in kommunale Hand.

■ Manfred Kanzleiter

Wohnungsbau nach Münchner Vorbild

Wohnen in Stuttgart ist teuer. Gute Wohnungen zu vernünftigen Preisen sind Mangelware. Auf den teuren Stuttgarter Grundstücken bauen Investoren luxuriöse Wohnungen, die sich die meisten Stuttgarter nicht leisten können. Jahr für Jahr gibt es weniger Sozialwohnungen, denn sie sind nur eine bestimmte Zeit lang Sozialwohnungen, anschließend können sie auf dem freien Markt vermietet oder verkauft werden. Alle Förderprogramme für bezahlbaren Wohnraum setzen Grundstückspreise voraus, die es in Stuttgart nicht gibt.

Da lohnt sich der Blick nach München. Wo auch immer in München neues Baurecht geschaffen wird, da muss der Investor 30% seines Grund und Bodens zu einem verbilligten Preis zur Verfügung stellen, und dort müssen Sozialwohnungen oder andere preisgünstige Wohnungen gebaut werden. Neues Baurecht führt fast immer zu hohen Bodenwertsteigerungen. So ist es fair, wenn ein Teil



Copyright: picture alliance
Unser Ziel: Preiswertes Wohnen durch das Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell.

dieses Gewinns abgeschöpft wird, zugunsten des Gemeinwohls. Nach jahrelangem, hartnäckigem Bohren ist es der SPD-Gemeinderatsfraktion nun gelungen, dass das Münchner Modell auf Stuttgart übertragen wird. Auch Stuttgarter Investoren werden in Zukunft einen Teil ihres Grundstücks verbil-

ligen und dort preiswerte Wohnungen schaffen – „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ (SIM) nennt sich dies. So entstehen auch wieder sozial gemischte Wohngebiete, ein Markenzeichen der europäischen Stadt. Eine schleichende Aufspaltung in exklusive Stadtteile und solche, wo sich die Problemlagen ballen, kann sich eine Gesellschaft nicht leisten. Wie sollen Kinder aus stigmatisierenden Wohngebieten sich frei entfalten können? Wie sollen Migrantenkinder deutsch lernen, wenn es in ihrem Umfeld kaum deutsche Kinder gibt? Zu unserer Stadtgesellschaft gehören alle: Jung und Alt, Alteingesessene und Migranten, Gutsituierte und solche, die Mühe haben, ihr Leben zu bewältigen. Stuttgart soll eine Stadt bleiben, in der die unterschiedlichsten Menschen in guter Nachbarschaft zusammenleben. Das von uns initiierte „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ wird dies kräftig unterstützen.

■ Dr. Roswitha Blind

Bessere Beteiligung: Bürgerhaushalt für Stuttgart

Mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist in aller Munde. Nicht allein, aber besonders an den Protesten gegen Stuttgart 21 ist deutlich geworden, dass die Bürgerschaft mehr unmittelbaren Einfluss auf wichtige demokratische Prozesse und Entscheidungen nehmen will, als dies bloß alle vier, fünf Jahre im Rahmen von Wahlen zu tun.

Ein bekanntes und bewährtes Instrument dazu – gerade in Großstädten – ist der so genannte Bürgerhaushalt. Das 1989 in Porto Alegre in Brasilien erstmals praktizierte Verfahren bei den kommunalen Haushaltsberatungen hat sich inzwischen weltweit verbreitet und wird in verschiedenen Ausprägungen auch in zahlreichen Städten in Deutschland angewandt. Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, Essen und viele andere sind bereits auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung mittels eines Bürgerhaushalts. So hat zum Beispiel die Stadtratsfraktion der SPD in Frankfurt ein anspruchsvolles Konzept entwickelt – und in Köln liegen bereits mehrjährige Erfahrungen mit einem vor allem internetbasierten Verfahren vor.

Auch die SPD in Stuttgart möchte die Menschen stärker an den haushaltspolitischen Weichenstellungen beteiligen. Wir haben deshalb im Rathaus einen Antrag eingebracht, der schon für die kommenden Beratungen zum Doppel-



Copyright: Uwe Steinbrich / picture alliance
Bürgerbeteiligung durch Bürgerhaushalt.

haushalt 2012/13 die Einführung eines Bürgerhaushalts unter repräsentativer Beteiligung aller sozialen Gruppen in der Landeshauptstadt vorsieht. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement durch Teilhabe fördern, Transparenz und Verständnis für politische Vorgänge unterstützen, die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt stärken, die öffentliche Auseinandersetzung über Prioritäten in der Stadtentwicklung befördern – und, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wissen zu Partnern im Verwaltungshandeln werden.

Wir freuen uns, dass sowohl der noch amtierende Oberbürgermeister, als auch andere Fraktionen im Gemeinderat ihre grundsätzliche Unterstützung zugesagt haben. Aber schließlich haben sie sich ja auch gerade in letzter Zeit verbal für mehr Bürgerbeteiligung stark gemacht. Wir nehmen sie jetzt gerne beim Wort.

■ Andreas Reißig



Herausgeber (V.i.S.d.P.) SPD-Kreisverband Stuttgart Werastr. 10 · 70182 Stuttgart · Telefon: 0711-23719 91-0
Verantwortlich Seiten 3-4: Andreas Reißig · Kreisvorsitzender
Verantwortlich Seite 1-2: Jörn Kramer-Matthiä · SPD OV-Vorsitzender Bad Cannstatt
Falchstraße 46 · 70378 Stuttgart · Telefon: 0151-1850 38 36